

Frage des Tages

Sind die Poststellenschliessungen gerechtfertigt?

Die Post macht mit dem Abbau ernst und dünnt ihr Netz aus. Sind die Schliessungen gerechtfertigt? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Muss Polizeichef-Stv Rolf Meyer zurücktreten?

91% Nein (916) 9% Ja (91)



Politiker sind wütend über Abbaupläne der Post

Die Post schliesst wohl drei Filialen in Basel-Stadt und sechs in Basel-Land

Von Joël Hoffmann

Basel/Liestal. Die Post sorgte gestern für ein schweizweites Erdbeben: Sie gab in ihrer üblichen erklärenden Marketing-Sprache bekannt, welche Poststellen geschlossen werden. In beiden Basel werden neun Poststandorte gestrichen – das sorgt bei regionalen Politikern für Ärger. Einen Lichtblick für Post-Fans gibt es immerhin: Die Hauptpost in Basel bleibt nun doch erhalten – mindestens bis 2020.

Den Abbau verkauft die Post als Fortschritt: «Postnetz der Zukunft mit mehr Dienstleistungen und deutlich mehr Zugangsmöglichkeiten», lautet der Titel der Medienmitteilung. Für Basel-Stadt bedeutet dieser angebliche Angebotsausbau: Die Poststellen Kanenfeld, Kleinhüningen und Gellert werden geschlossen. Im Post-Jargon: «Filiale wird überprüft», «Dialog mit Gemeinden wird ergebnisoffen geführt». Die Erfahrung zeigt, dass diese Ankündigung eine nette Umschreibung für eine längst beschlossene Schliessung ist. Die Baselbieter verlieren gleich sechs Postfilialen: Bottmingen, Grellingen, Hölstein, Läufelfingen, Thürnen und Zwingen.

Kritik am Bundesrat

Die SP Bottmingen hat 3500 Unterschriften gegen die Schliessung gesammelt – mit 2000 Unterscheidenden allein aus Bottmingen hat ein Drittel der Bevölkerung (vergebens) protestiert. «Das Vorgehen und Vorhaben der Post finde ich fragwürdig», sagt Marie Anne Moser, Präsidentin der lokalen SP. «Bottmingen ist mit 6500 Einwohnern keine kleine Gemeinde und benötigt darum eine Poststelle.»

Während die Post sagt, dass die Poststelle immer weniger genutzt werde, hätten Moser Post-Mitarbeiter vor Ort erzählt, dass die Filiale gut laufe. «Die Post liegt heute an einem hervorragendem Standort beim Schloss, wo sich diverse Tram- und Bus-



Einziger Lichtblick. Nur bei der Hauptpost in Basel hat der Protest eine Schliessung vorerst verhindert. Foto Lucian Hunziker

linien treffen. Es ist ein Verkehrsknoten. Eine Agentur, etwa im Coop, würde an einem weit weniger guten Standort eingerichtet werden.» Sie kritisiert ferner die Kommunikation der Post. «Diese ganze Bevölkerungs-Informationen-Übung wird doch bloss pro forma durchgeführt. Ich habe den Eindruck, man wird vor vollendete Tatsachen gestellt.» Dennoch habe sie die Hoffnung, dass die SP mit ihren 3500 Unterschriften die Filiale Bottmingen doch noch retten kann.

Die in Thürnen wohnhafte Daniela Schneeberger ist ebenfalls verärgert und hatte sich bereits als FDP-Nationalrätin für den Erhalt von Poststandorten eingesetzt. Auch ihre Gemeinde wird

die Filiale verlieren. «Die Post hat im Mai zwar eine Orientierung für die Thürner Bevölkerung gemacht. Aber es hat sich schon damals nicht nach einer Überprüfung des Standorts angehört», sagt die Nationalrätin. Es sei allen Anwesenden klar gewesen, dass die Schliessung beschlossene Sache sei. Umstritten ist hingegen, wo die künftige Agentur sein wird. «Die Post meinte wohl diese Diskussion, als sie von Überprüfung sprach. Als die Herren jedenfalls bei uns waren, war klar, dass die sich noch keine Alternative überlegt hatten», erzählt Schneeberger.

Sie ist zudem verärgert über den Bundesrat, der als Eigentümer der Post nichts unternommen habe. «Er hat zwar

als Reaktion auf Vorstösse von mir eine Analyse in Auftrag gegeben. Aber was nützt eine Analyse, wenn die Post sowieso bereits entschieden hat?», sagt Schneeberger. Skeptisch stimmt die Nationalrätin ferner, dass die Post die anderen Filialen nur bis 2020 garantiert. «Das heisst, dass Sissach und Gelterkinden wohl bald auch gefährdet sind. Müssen wir dann nach Liestal auf die Post? Das wäre dann weit an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei geplant», so Schneeberger weiter.

Wie Moser und Schneeberger verlang auch der Basler SP-Präsident Pascal Pfister ein Umdenken bei der Post. «Letztlich ist aber die nationale Politik gefragt, unser Anliegen aufzunehmen.

Das Parlament müsste die Post zum Service public verpflichten», sagt er. Der linke Pfister und die freisinnige Schneeberger sind sich ferner einig, dass während des politischen Prozesses einatorium gelten solle.

«Teil der Basler Identität»

Während die Baselbieter nur schlechte Nachrichten verdauen müssen, kann sich der Basler Pfister auch freuen: Die Hauptpost ist vorübergehend gerettet. «Regierungsrat Brutschin hat sich stark für die Hauptpost eingesetzt, und ich denke, der politische Druck gab schliesslich den Ausschlag», sagt der SP-Präsident, der auch für den Erhalt der Filiale im imposanten Gebäude demonstriert hat. Die Hauptpost sei ein wichtiger Teil der Basler Identität, aber vor allem auch für das kleinere Gewerbe in der Innenstadt wichtig. «Will man dieses erhalten, braucht es die Hauptpost», sagt Pfister.

Auffallend ist, dass die bürgerliche Nationalrätin und der linke Grossrat Pfister dieselbe Haltung zeigen. «Auch als Liberaler muss man zur Kenntnis nehmen, dass die Bevölkerung eine Poststelle als Service public versteht», sagt Schneeberger. Und Pfister freut sich, dass die Baselbieterin die Angelegenheit gleich beurteilt wie er.

Die Post reagierte in der Vergangenheit unwirksam, als etwa die Gewerkschaft Syndicom Listen gefährdeter Poststellen erstellte. Der Gelbe Riese betont, dass Poststellen durch Agenturen ersetzt würden, also kein wirklicher Abbau stattfände. Und nun publizierte sie selber eine Liste der Schliessungskandidaten und sagt dazu: «Der nun beginnende Dialog mit den Gemeinden wird ergebnisoffen geführt.» Dem entgegen Pfister: «Bei der Post ist man sich bewusst, dass mit den Poststellenschliessungen viel Geschirr zerschlagen wird. Solche Formulierungen sind strategisch gewählt.» Die Post rede den Abbau im Service public schön und wolle den Ball flach halten.

«Die Professur muss nochmals ausgeschrieben werden»

Wegen eines fragwürdigen Berufungsverfahren steht die Basler Zahnmedizin in der Kritik. SVP-Landrat Weibel fordert Untersuchungen

Von Christian Keller

Basel. Seit die BaZ öffentlich gemacht hat, dass bei der Neubesezung einer Professur am Universitären Zentrum für Zahnmedizin (UZB) nicht der bestplatzierte Kandidat das Rennen machte, sondern die zweitbeste Kandidatin aus Gleichstellungsgründen den Fachbereich übernehmen soll, ist es zu einer Reihe von Reaktionen gekommen.

In Leserbriefen stellten sich mehrere Wissenschaftler hinter Wael Att – dem Professor aus Freiburg, den die Berufungskommission als «einer der

bekanntesten Namen weltweit im Bereich der digitalen und minimal invasiven Zahnheilkunde» zur Wahl empfohlen hatte. Die Ausbootung Atts sei eine «Schande», schreibt der emeritierte Professor Carlo Marinello. Er wirft der Uni «filzartige Machenschaften» vor. Bemerkenswert: Bei Marinello handelt es sich um den bisherigen Klinikleiter. Markus Jungo, Lehrbeauftragter am UZB, stellt sich derweil hinter die zweitplatzierte Nicola Zitzmann. Die Professorin arbeitet seit 20 Jahren am UZB. Sie sei «in und mit der Zahnärzteschaft regional und national bestens integriert und vertraut».

Interessant ist, dass es unlängst in Deutschland zu einem ähnlichen Fall gekommen ist. Laut dem Spiegel muss die Uni Leipzig eine Millionenschädigung an einen Professor zahlen. Die Berufungskommission hatte ihn zum Sieger des Bewerbungsverfahrens erklärt, wegen «Frauenförderung» setzte die Rektorin jedoch die Nummer zwei auf den Lehrstuhl. Ob die Uni Basel ebenfalls verklagt wird, ist offen.

Für SVP-Landrat Hanspeter Weibel, einem Baselbieter Wortführer in der laufenden Uni-Spardebatte, sind die Vorgänge bei der Zahnmedizin inakzeptabel, wie er im BaZ-Interview erklärt.

BaZ: Herr Weibel, Sie hatten Einsicht in den Bericht der Berufungskommission und weitere Akten. Was ist Ihr Eindruck?

Hanspeter Weibel: Zunächst stelle ich fest, dass für die Nachfolgeregelung der Professur mit viel Sorgfalt der ordentliche Ablauf durchgeführt wurde. Die Berufungskommission hat unter Berücksichtigung einer Vielzahl von

relevanten Aspekten schlussendlich den Kandidaten Wael Att zur Wahl empfohlen. Aufgrund der Akten scheint mir das Resultat klar und nachvollziehbar begründet. Der Kandidat wurde ja dann auch in diesem Sinne informiert. Der Entscheid hat gewissen Leuten in der Medizinischen Fakultät offensichtlich nicht gepasst. Die Berufungskommission musste dann ein zweites Mal beraten; kam dann aber zum gleichen Schluss, allerdings wurden die Differenzen zur zweitplatzierten Person geringer.

«Dass es Probleme mit Interessenkonflikten gegeben hat, steht schwarz auf weiss.»

Wie wirkt das auf Sie?

Dies ist an sich schon ein fragwürdiger Vorgang. Dass man dann nachher noch eine Findungskommission eingesetzt hat, bei der man tatsächlich «Befangenheit» ins Feld geführt hat, und dies zu Recht, steigert die Ungewöhnlichkeit des gesamten Vorgangs. Ich glaube, die Universität hätte sich viel Zeit sparen können, zumal sich der Eindruck, die Gewinnerin sei von Anfang an bestimmt, geradezu aufdrängt. 2015 wurde die Professur ausgeschrieben – bis heute ist sie nicht besetzt. Ein solches Vorgehen schadet dem Ruf der Universität.

Was sagt der Fall über den Qualitätsanspruch der Universität Basel aus?

Ich erinnere mich an die gebetsmühlenartig wiederholten Aussagen von Unirektorin Andrea Schenker-Wi-

cki an öffentlichen Anlässen – wie zuletzt beim Stadtgespräch des Regionaljournals im «Trois Rois» –, die Universität sei in den Rankings nicht schlechter geworden. «Das müssen Sie mir zeigen», meinte Schenker-Wicki an jenem Anlass zu mir. Ich weiss nicht, ob sie überhaupt wahrnimmt, was hier geschehen ist. Ranking-förderlich ist es gewiss nicht. Der Bericht der Berufungskommission hält eindeutig fest, dass Att ein hervorragender Kandidat mit grossem Potenzial ist. Offenbar ist man seitens der Uni nicht gewillt, solche Chancen wahrzunehmen.

Insider erklären, interne Seilschaften hätten die Berufung Atts verhindert.

Dass es Probleme mit Interessenkonflikten gegeben hat, steht schwarz auf weiss im Berufungsbericht. Ich lasse das einmal stehen und konzentriere mich auf das Grundsätzliche: Dem Anspruch auf Exzellenz, wie wir ihn seitens Uni-Leitung immer wieder zu hören bekommen, folgen keine Taten – zumindest in diesem Fall. Für den Forschungsstandort Basel kann das nicht gut sein.

Die Uni argumentiert ihren Entscheid mit der «Policy der Chancengleichheit». Haben Sie dafür Verständnis?

Nein, denn Att erhielt nachweislich von der Berufungskommission viel bessere Noten. Wäre man ehrlich gewesen, hätte die Ausschreibung lauten müssen: Wir suchen eine Frau, die mehr oder weniger geeignet ist.

Schadet die Geschichte dem Ruf der Universität?

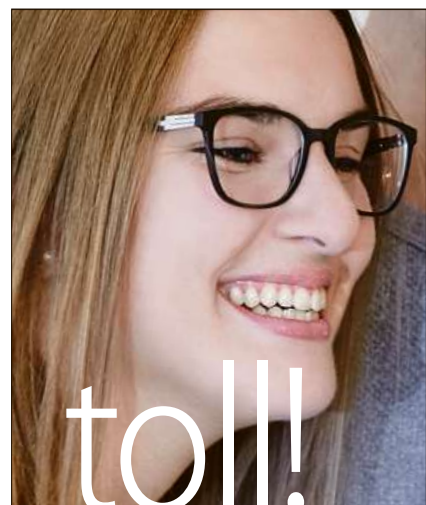
Die grössten Talente werden sich sicherlich ihre Gedanken machen, ob sie sich auf eine Stelle in Basel überhaupt bewerben wollen. Vertrauens-

fördernd war das Verhalten jedenfalls nicht. Auch finde ich die Dauer des Berufungsprozesses unglaublich lange. Sollte es wie im Fall Leipzig zu einem Gerichtsfall kommen, könnte dies zudem für die Universität teuer werden.

Was muss jetzt geschehen?

Ich sehe die Ereignisse auch aus dem Blickwinkel als Präsident der landrätlichen Geschäftsprüfungskommission. Der Sache muss auf den Grund gegangen werden. Die Parlamente von Basel-Stadt und Basel-Land verfügen über die gemeinsame interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel. Diese muss aktiv werden. Der Universitätsrat sollte aber von sich aus überlegen, ob er die Wahl Zitzmanns tatsächlich bestätigen will. Meiner Meinung nach müsste die Professur nochmals ausgeschrieben werden. Und zudem sollte der Prozess vor der Ausschreibung klar und nachvollziehbar definiert werden. Spielregeln ändert man nicht während des Spiels.

ANZEIGE



toll!
optik
schneider

Optik Schneider AG, 4009 Basel, Spalenring 15
Tel +41 61 381 91 91, optik-schneider-basel.ch

ANZEIGE



Badezeitverlängerung von Juni bis August, z.B. 3 Std. zum Preis von 2.

soleuno.ch sole uno